

Fragen

für die Fragestunde der 142. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. Januar 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Achelwilm, Doris (DIE LINKE.)	19	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	64, 76	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	10, 71
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 33	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 34
Brandner, Stephan (AfD)	17, 20	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	15, 75	Luksic, Oliver (FDP)	16, 45
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	18, 66
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	23, 24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	11, 74	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	29, 61	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	67, 70
Herbst, Torsten (FDP)	4, 35	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 72
Huber, Johannes (AfD)	21	Renner, Martina (DIE LINKE.)	62, 63
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	25, 47	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 56
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	65, 73	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	1, 54
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 55	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Seitz, Thomas (AfD)	43, 44
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	46
Konrad, Carina (FDP)	26, 27	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	68, 69

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	12, 13	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	50, 51

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	18
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung nach Bekanntwerden des „Luanda-Leaks“ für ihre Complicance-Prüfungen der KfW aus dem Umstand, dass die KfW-Tochter Ipex einen Kredit in Höhe von 50 Mio. Euro an die Getränkefirma Sodiba der damaligen Präsidententochter Dos Santos in Angola gezahlt hat, obwohl schon zum Zeitpunkt der Kreditvergabe massive Vorwürfe von Veruntreuung der Gelder, Korruption und Vetternwirtschaft im Raum standen, und inwiefern plant sie ihre Verwicklung in den Fall und mögliche Lücken der Prüfprozesse aufzuarbeiten (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/angola-dos-santos-101.html)?
2. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind die auf der Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) veröffentlichten Energiedaten und -szenarien (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xlsx?_blob=publicationFile&v=95) rechtlich nachnutzbar (ohne finanzielle, technische oder rechtliche Barrieren zugänglich und rechtlich verbindlich für die Weiterverwendung der Daten und Publikation zugelassen), und wo ist dies rechtlich verbindlich festgeschrieben?
3. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen wird als Förderbedingung für öffentlich geförderte Forschungsprojekte zur Erstellung von Modellen, zum Beispiel Strommarktmodellen, nicht verlangt, dass diese Modelle öffentlich zugänglich und nachnutzbar gemacht werden, da öffentlich bezahltes Wissen doch auch nach meiner Auffassung ein öffentliches Gut sein sollte, und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um sich für die Zugänglichkeit und Nachnutzbarkeit dieser Daten zwecks öffentlicher Transparenz und Ermöglichung von weiterer Forschung einzusetzen (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/7-energieforschungsprogramm-der-bundesregierung.html noch im www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/6-energieforschungsprogramm-der-bundesregierung.html festgelegt)?
4. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie viel Gigawatt grundlastfähiger Energieerzeugungskapazitäten werden in Deutschland im Jahr 2023 nach der Abschaltung von rund 11 Gigawatt Kapazitätsleistung in der Kohleverstromung und 8,1 Gigawatt Kapazitätsleistung in der Atomverstromung (siehe Antwort der Bundesregierung zu meiner Mündlichen Frage 17 in der Fragestunde

- des Bundestages, Plenarprotokoll 19/139) nach Planung der Bundesregierung noch zur Verfügung stehen, und wie viel Gigawatt werden im Jahr 2023 zur Deckung des täglichen Stromhöchstverbrauchs vor dem Hintergrund des steigenden Elektrifizierungsgrades im Wärme- und Mobilitätssektor nach Kenntnis der Bundesregierung benötigt?
5. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Rechnet die Bundesregierung mit zusätzlichen CO₂-Emissionen zwischen 2023 und 2030 infolge der Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg vom 16. Januar 2020, im Vergleich zu dem von der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorgelegten Stilllegungspfad für die Kohlekraftwerke, und wenn ja, bitte in Millionen Tonnen CO₂ beziffern, und wenn nein, bitte begründen?
6. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die durchschnittlichen Jahresvolllaststunden der deutschen Braun- und Steinkohle- sowie Gaskraftwerke in den Jahren 2017, 2018 und 2019 (bitte jeweils nach Kraftwerksarten und Jahren aufschlüsseln)?
7. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche konkreten Maßnahmen bekommen die ostdeutschen Braunkohleunternehmen im Einzelnen die zugesagten 1,75 Mrd. Euro an Entschädigungen im Rahmen des Gesetzes zum Kohleausstieg?
8. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung inzwischen die auf 6000 Euro erhöhte Umweltprämie in Brüssel offiziell zur Notifizierung angemeldet, so dass die EU-Kommission eine Entscheidungsgrundlage hat, und wie viele neue Elektroautos (BEV) wurden im Zeitraum 1. Dezember 2019 bis heute angemeldet?
9. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung die überarbeitete Förderrichtlinie zur sogenannten Kaufprämie für Elektrofahrzeuge (u. a. zur Erhöhung der Kaufprämie, vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/suche/umweltbonus-1692646) formal gegenüber der EU-Kommission notifiziert, und wann kann die überarbeitete Förderrichtlinie somit frühestens in Kraft treten?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Normen und Regularien gelten nach Kenntnis der Bundesregierung für Ladepunkte beim Ausbau der Ladeinfrastruktur, und gibt es

Bestrebungen diese zu vereinheitlichen (www.bmw.de/Redaktion/DE/Dossier/elektromobilitaet.html)?

11. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie entwickelt sich unter der von der Bundesregierung anerkannten (<https://twitter.com/auswaertigesamt/status/1194976821974126597>) Interims-Regierung in Bolivien das Lithium-Geschäft zwischen dem deutschen Unternehmen ACI System und dem bolivianischen Staat, für das sich der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier mehrfach eingesetzt (www.nrwz.de/wirtschaft/aci-will-ins-lithium-geschaefteinsteigen/218088; www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bolivien-stoppt-lithium-projekt-peter-altmaier-zu-hilfe-gerufen-a-1295027.html) hat, angesichts der erheblichen Anforderungen der Energie- und Verkehrswende und des daraus erwachsenen Bedarfs an diesem Rohstoff, und wie wird die Bundesregierung auf die Ankündigung der Interims-Regierung unter Führung von Senatorin Jeanine Áñez reagieren, das genannte Abkommen zu kündigen und bereits geleistete Investitionen zurückzuzahlen (www.la-razon.com/economia/bolivia-litio-gobierno-sociedad-aci-systems-alemania_0_3298470172.html)?

12. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung beim Besuch vom Staatssekretär Andreas Feicht bei der URENCO in Gronau im Beisein auch der Enrichment Technology Company (ETC), bei dem sich der Staatssekretär „verbunden mit der Firma“ zeigte und „für die offene und transparente Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber“ dankte, konkret auch über die URENCO-Lieferungen von Uran für US-Reaktoren zur Herstellung von Tritium für US-Atomwaffen und die URENCO-Entwicklung eines Mini-Atomreaktors (Uran-Batterie) gesprochen worden, und wenn ja, mit welchem Ergebnis (www.wn.de/Muensterland/Kreis-Borken/Gronau/4084767-Informationsaustausch-vor-Ort-Staatssekretaer-besucht-Urenco)?

13. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung beim Besuch vom Staatssekretär Andreas Feicht bei der URENCO in Gronau im Beisein auch der Enrichment Technology Company (ETC), bei dem sich der Staatssekretär „verbunden mit der Firma“ zeigte und „für die offene und transparente Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber“ dankte, konkret auch über die Herstellung von höher angereichertem HALEU durch URENCO-USA (Bundestagsdrucksache 19/15023) sowie über die laufenden Uran-Exporte nach Russland

(Plenarprotokoll 19/117, Mündliche Frage 24) gesprochen worden, und wenn ja, mit welchem Ergebnis (www.wn.de/Muensterland/Kreis/Borken/Gronau/4084767-Informationsaustausch-vor-Ort-Staatssekretaer-besucht-Urenco)?

14. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung zur Beratung von interessierten Einwanderungswilligen im Ausland, insbesondere über die Auslandshandelskammern (www.stern.de/wirtschaft/job/einwanderungsland-deutschland--darum-geht-es-beim-fachkraeftegipfel-9050236.html), und wie wird dabei der Ausbau von Spracherwerbsangeboten in Drittstaaten gefördert?
15. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung einen Genehmigungsstopp für Exporte von Rüstungsgütern in Länder wie Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate und die Türkei vor dem Hintergrund, dass es für die Bundesregierung nach der Libyen-Konferenz vom 19. Januar 2020 wichtigstes Ziel sei, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die die Bürgerkriegsparteien mit Waffen und Soldaten versorgt hätten, die Unterstützung einstellen, um auf diese Art und Weise die Bürgerkriegsparteien dazu zu zwingen, an den Verhandlungstisch zu kommen (dpa vom 20. Januar 2020), und inwieweit plant die Bundesregierung einen Stopp der tatsächlichen Ausfuhr von genehmigten Rüstungsexporten zumindest für jene Rüstungsgüter, die in Libyen zum Einsatz kommen können?
16. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Inwieweit wird die Bundesregierung bei großflächigen Netzausfällen, wie bei den jüngsten Störungen im Netz des Betreibers Vodafone im Saarland und anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, aktiv, um die Versorgung mit Internet-, Telefon- und TV-Empfang sicherzustellen (www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/vodafone-stoerung-in-saarbruecken-kabel-tv-und-internet-betroffen_aid-48342391; www.fokus.de/digital/internet/in-ganz-deutschland-schonwieder-nutzer-klagen-erneut-ueber-massive-stoerung-bei-vodafone_id_11580934.html), und erwägt sie bei längeren oder häufigen Netzausfällen rechtliche Schritte gegen die Betreiber?
17. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um den Handel insbesondere nach der Einführung der sogenannten „Bonpflicht“ von bürokratischem Aufwand zu entlasten, und wenn ja, welche?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

18. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Aussage (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 76 auf Bundestagsdrucksache 19/15716), keinen Vorteil darin zu erkennen, die Berechnung und Übermittlung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern in die öffentliche Hand zu überführen (auch vor dem Hintergrund der notwendigen Kontrolle und Transparenz algorithmischer Systeme)?
19. Abgeordnete
Doris Achelwilm
(DIE LINKE.)
- Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage unterscheiden sich vor dem Hintergrund des Referentenentwurfs des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz für ein Gesetz zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen die gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen von Operationen an Genitalien oder Gonaden im Säuglings- oder Kindesalter, je nachdem ob eine Operation zum Zweck einer „Geschlechtsveränderung“ oder zum Zweck der Korrektur einer „Fehlbildung“ durchgeführt wird, und inwieweit unterscheidet sich je nach Zweck oder Intention einer solchen Operation nach Kenntnis der Bundesregierung juristisch die Zulässigkeit des Eingriffs?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

20. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass laut einem Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) infolge der Umstellung auf Elektromobilität in den Bereichen Antriebsfertigung, Metallherzeugung und -bearbeitung sowie Maschinenbau bis zum Jahr 2030 mit einem Abbau von bis zu 410.000 Arbeitsplätzen in der Automobilbranche zu rechnen ist, zu ergreifen, um die Betroffenen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen?
21. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigungen des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil anlässlich des Autogipfels 2020, die Bundesregierung werde den Struktur-

wandel in der Automobilindustrie „beschäftigungspolitisch begleiten“ (www.welt.de/newsticker/news1/article205042688/Arbeit-Heil-kuen-digt-beschaeftigungspolitische-Massnahmen-fuer-Autoindustrie-an.html), und welche Maßnahmen stehen außer der von der Industrie gewünschten Vereinfachung und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie der Weiterbildung und Qualifizierung – welche in den Übergangsphasen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll – aktuell in der Beratung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

22. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Ausbildungstätigkeit von rund 20 Kampftauchern des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Tahoua/Niger ohne gemäß § 1 Absatz 2 des Parlamentbeteiligungsgesetzes (ParlBG) Zustimmung des Deutschen Bundestages, obwohl nach meiner Auffassung – im Sinne eines Einsatzes – deren „Einbeziehung in eine bewaffnete Unternehmung zu erwarten ist“ (§ 2 Absatz 1 ParlBG), da 2018 bei einem Anschlag dort vier US-Soldaten getötet wurden sowie letzte Woche bei einem Rebellenangriff 89 nigrische Soldaten (www.landesszeitung.de/blog/nachrichten/politik/2676039-wehrbeauftragter-bartels-fordert-bundestagsmandat-fuer-niger), und wann wird die Bundesregierung diese Soldaten dort folglich abziehen zu deren Schutz und wegen der nach meiner Auffassung somit fehlenden Einsatz-Rechtsgrundlage?
23. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Umfasst die bisher genannte Zahl von 37.000 Soldatinnen und Soldaten (www.bundeswehr.de/de/organisation/streitkraeftebasis/uebungen/defender-europe-20), die am Manöver DEFENDER Europe 2020 beteiligt sein sollen, auch die stationären militärischen Kräfte, die in Deutschland und den anderen Manöverländern für Logistik und sonstige Unterstützung eingesetzt werden, und falls nicht, wie groß ist die Gesamtzahl der beim Manöver eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, diese Kräfte eingeschlossen?
24. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund macht die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Regelungen des Wiener Dokuments (Artikel 47) ein Angebot an Russland bzw. Belarus über die Beobachtung ei-

ner Kampfübung bei Bergen (Niedersachsen), nicht aber über das Manöver DEFENDER Europe 2020 insgesamt auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (https://augengeradeaus.net/2020/01/defender-europe-20-us-DEFENDER2020_Pk_Berlin_14jan2020/)?

25. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

In welchen bzw. in wie vielen Fällen haben die Militärmissionen SEA GUARDIAN und EUNAVFOR MED im Mittelmeer, an denen sich auch die Bundeswehr beteiligt bzw. beteiligt hat („Mecklenburg-Vorpommern“ läuft zu Einsatz aus“, NWZ Online vom 18. Januar 2020), Verstöße gegen das Embargo zum Export von Waffen nach oder Öl aus Libyen festgestellt, und wie soll diese nach meiner Kenntnis sehr dürftige Aufklärung im Rahmen neuer Einsatzpläne der NATO und EU verbessert werden (bitte erläutern, ob bzw. welche Vorschläge die Bundesregierung hierzu macht, vgl. „Stoltenberg: NATO could support EU in enforcing Libya arms embargo <[### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**](http://www.dpa-international.com/topic/stoltenberg-nato-support-eu-enforcing-libya-arms-embargo-urn%3Anewsml%3Adpa.com%3A20090101%3A200121-99-570162>”, dpa vom 21. Januar 2020)?</p></div><div data-bbox=)

26. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wurde die „Dorfkind-Kampagne“ (www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/_texte/dorfkinder.html) vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft allein oder gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat initiiert?

27. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wie datiert die Bundesregierung den genauen Zeitplan des Inkrafttretens der geänderten Düngeverordnung?

28. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Inhalte enthält das von der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner und der brasilianischen Agrarministerin Tereza Cristina am 18. Januar 2020 unterzeichnete Abkommen zur technischen Kooperation (www.seudinheiro.com/2020/politica/agricultura-acordo-brasil-alemanha-tereza-cristina/), und worauf beruht die Annahme, einen substanziellen Beitrag zum Umwelt- und Waldschutz zu leisten, indem die Agrarindustrie und die

Großgrundbesitzenden gestärkt werden, die maßgeblich für die Entwaldung in Brasilien verantwortlich sind, sowie auch zu den stärksten Unterstützern Jair Bolsonaro zählen, der weitgehende Pläne zur umfassenden wirtschaftlichen Erschließung des Amazonasgebietes verkündet, die Umweltpolitik de facto abgeschafft hat und unter dessen Präsidentschaft die Abholzung des Regenwaldes sowie Gewalt gegenüber Indigenen Gemeinschaften zugenommen haben (www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/brasilien-umweltschutz-jair-bolsonaro-wald-zerstoerung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

29. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche wegen Kriegsverbrechen zu Tode verurteilten Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf deutschen Kriegsgräberstätten bestattet, und um welche Kriegsgräberstätten handelt es sich dabei (siehe auch Antwort der Bundesregierung zu Frage 20 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/10407)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

30. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der Zeitplan für eine Gesetzesinitiative zur Neuordnung der Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen aus, nachdem die vom Bundesministerium für Gesundheit ursprünglich für Dezember 2019 angekündigten Eckpunkte (vgl. z. B. www.aerztezeitung.de/Politik/Ausbildung-nur-noch-an-Hochschulen-404541.html) noch nicht veröffentlicht wurden?
31. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, im Zuge der Diskussionen über Maßnahmen gegen Lieferengpässe im Arzneimittelbereich, das derzeitige Rabattvertragssystem zu überdenken oder gar zu ändern, und wenn ja, inwiefern?

32. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es seitens der Bundesregierung weitere Bestrebungen, zusätzliche Benannte Stellen zu generieren oder weiterführende Maßnahmen festzulegen, damit das bevorstehende Nadelöhr bei der Zertifizierung von Medizinprodukten abgeschwächt werden kann (Wortprotokoll der 77. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages am 15. Januar 2020), und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

33. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom 14. Januar 2020, wonach Unfälle mit 424 Toten auf deutschen Autobahnen im Jahr 2018 in 196 Fällen (dies entspricht 46 Prozent) durch überhöhte Geschwindigkeit verursacht wurden (www.destatis.de/DE/Presse//Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2020/PD20_03_p002.html) meine Auffassung, dass durch strikte gesetzliche Tempobegrenzungen für Autobahnen viele Unfälle, Tote und Verletzte hätten vermieden – sowie wenigstens künftig vermieden – werden können, und falls die Bundesregierung daraufhin eine solche Änderung des Straßenverkehrsrechts dem Parlament nicht vorzulegen gedenkt, wie rechtfertigt sie dies vor den Angehörigen dieser Toten und Verletzten?
34. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Verfahrensstand hat die dieses Jahr fällige Bedarfsplanüberprüfung (bitte auch angeben, wann mit der Veröffentlichung des Berichts zu rechnen ist), und ist die Überwachung von Umweltauswirkungen, wie sie im Umweltbericht zum Bundesverkehrswegeplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ausdrücklich empfohlen wird, Teil der aktuellen Bedarfsplanüberprüfung (siehe dazu S. 198 f. des Umweltberichts zum Bundesverkehrswegeplan)?
35. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Kilometer Bundesautobahnen und Bundesstraßen wurden in den Jahren 2017, 2018 und 2019 neugebaut und für den Verkehr freigegeben (bitte jeweils einzeln pro Jahr angeben und nach den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufschlüsseln)?

36. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fernzüge der Deutschen Bahn AG haben in 2019 (bitte monatsgenau absolut und prozentual aufschlüsseln) die Werkstätten und Instandhaltungswerke mit Mängeln/Defekten verlassen?
37. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der in 2019 eingesetzten Fernzüge bei der Deutschen Bahn AG waren mit technischen Defekten und Einschränkungen unterwegs (bitte monatsgenau absolut und prozentual aufschlüsseln)?
38. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Eisenbahnbrücken plant die Deutsche Bahn AG innerhalb der nächsten zehn Jahre in der Oberpfalz zu sanieren bzw. zu modernisieren (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bahn-bahn-will-neun-milliarden-in-bruecken-sanierungen-stecken-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200103-99-330267), und unter welchen Gesichtspunkten wurden/werden die Brücken ausgewählt, die saniert bzw. modernisiert werden sollen?
39. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte digitale Mobilitätsplattform (vgl. Koalitionsvertrag S. 47) in der Verantwortung des Bundes bzw. einer dem Bund nachgeordneten Behörde aufbauen, oder plant die Bundesregierung den Aufbau einer solchen Plattform in die Hände der Bundesländer zu geben, so dass diese den Aufbau einer Mobilitätsplattform über einen Staatsvertrag regeln?
40. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung im Personenbeförderungsgesetz vorzunehmen hinsichtlich der Planungsbeschleunigung im öffentlichen Personennahverkehr, und wie gestaltet sich der konkrete Zeitplan der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes?
41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Stellen bei der DB Netz AG entfallen derzeit im Bereich Bahnbetrieb/Betriebsdienst auf Fahrdienstleiter und Weichenwärter in Stellwerken, und wie viele dieser Stellen müssen in diesem Bereich absehbar innerhalb der nächsten fünf Jahre und innerhalb der nächsten zehn Jahre aus altersbedingten Abgängen neu besetzt werden (bitte bei Angabe der Stellen jeweils Vollzeitäquivalente als Bezugsgröße verwenden)?
42. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An wie vielen Bahnhofsempfangsgebäuden der Deutschen Bahn AG standen jeweils in den ein-

zelen Jahren zwischen 2005 und 2019 Räume und Flächen der Bundespolizei ausschließlich zur bundespolizeilichen Nutzung zur Verfügung?

43. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Welcher gesicherte Aufenthaltsstatus ist Voraussetzung für die Teilnahme an dem von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Modellprojekt „Qualifizierung Geflüchteter zu Triebfahrzeugführern“ des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg (bitte aufschlüsseln nach Rechtsgrundlage: Artikel 16a Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes, Genfer Flüchtlingskonvention), und wie viele Personen werden dabei von der Bundesagentur gefördert (bitte nach Aufenthaltsstatus aufschlüsseln)?
44. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei dem oben genannten Modellprojekt Maßnahmen in dem psychologischen Untersuchungsverfahren vom Oktober 2012 – als Voraussetzung zum Erwerb des Führerscheins nach der Triebfahrzeugführerscheinverordnung (TfV), vom 29. April 2011, Anlage 4 Nr. 2.2 Buchstabe b) zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4, § 12 Absatz 4 sowie § 16 – ergriffen, die Rücksicht auf die Tatsache nehmen, dass Menschen in Notfall- und Paniksituationen in die Ausdrucksweise in ihre Muttersprache verfallen bzw. dass für Rettungspersonal eine einwandfreie Lagedarstellung des Notfalls essenziell ist, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

45. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Unterstützung der Stahlindustrie für eine CO₂-ärmere Produktion, wie von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze am 20. Januar 2020 angekündigt, und ab wann sollen Mittel zu diesem Zweck eingesetzt werden (www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/schulze_kommt_ins_saarland_102.html)?
46. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber der ab 2021 bestehenden Möglichkeit, die Daten der OBCFM-Verbrauchsmessungen (OBCFM – On-Board Full Consumption Meter) zum persönlichen Bestrafen des Verbraucherverhaltens einzelner Autofahrer zu verwenden

(www.spiegel.de/auto/aktuell/kraftstoffverbrauch-eu-muss-ab-2021-realen-spritverbrauch-von-autos-ueberwachen-a-1298476.html)?

47. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie werden sich die „gravierenden Folgen“ (siehe die Vorbemerkung der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Deutsche Arktispolitik“, Bundestagsdrucksache 19/15326) des Meeresspiegelanstiegs nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Küstengebiete an der deutschen Nord- und Ostsee auswirken, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zum Schutz der dort lebenden Menschen und existierenden Infrastruktur?
48. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche satellitengestützten Erkenntnisse – sei es von eigenen Systemen, Partnerstaaten oder kommerziellen Drittanbietern –, die zur Aufklärung des Unfalls mit Radioaktivitätsfreisetzung bei Sewerodwinsk am Weißen Meer vom 8. August 2019 beitragen können bzw. könnten, liegen der Bundesregierung vor (bitte möglichst ausführliche und konkrete Angabe; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 62, Plenarprotokoll 19/120, Anlage 2), und welche Bemühungen der Bundesregierung gab es diesbezüglich seit dem 8. August 2019 bis dato (bitte differenziert nach eigenen Systemen, Partnerstaaten oder kommerziellen Drittanbietern angeben)?
49. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen bestätigen, dass für das 1980 in Betrieb genommene Atomkraftwerk Medzamor 2 des sowjetischen Typs WWER-440 mit einer bei der Grundausslegung vorgesehenen Laufzeit von 30 Jahren (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 99 auf Bundestagsdrucksache 19/12640) mittlerweile eine verlängerte Laufzeit bis mindestens 2026 vorgesehen ist (siehe <https://armenpress.am/eng/news/988604.html>), und wie wird sich die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die schnelle Umsetzung von Artikel 42 des Abkommens über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits im Namen der Europäischen Union (CEPA; siehe <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017JC0037&from=EN>, S. 44) – der die frühzeitige Verabschiedung eines Fahr- oder Aktionsplans zur Stilllegung des Atomkraftwerkes Medzamor 2 vorsieht – einsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

50. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Verfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz in Verbindung mit den maßgeblichen Fachgesetzen derzeit jeweils die durchschnittlichen Kosten (bitte weiter unterteilen nach Verfahrensgebühren, Prüfungskosten sowie Gesamtkosten für Beschaffung, Legalisierung, Beglaubigung und Übersetzung von Unterlagen) im Schnitt der bundesrechtlich geregelten Berufe sowie in den Berufen Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Arzt/Ärztin, Physiotherapeut/-in, Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement, Apotheker/-in und Elektroniker/-in?
51. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Verfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz in Verbindung mit den maßgeblichen Fachgesetzen derzeit jeweils die durchschnittliche Zeitdauer von der Erstkenntnis von den Anerkennungsvoraussetzungen bis zum Beginn des Anerkennungsverfahrens durch Antragstellung, die Verfahrensdauer für das Anerkennungsverfahren selbst, die Zeitdauer vom Abschluss des Anerkennungsverfahrens bis zum Abschluss eines Anpassungslehrgangs in den Fällen, in denen eine Anerkennungsaufgabe erteilt wurde, sowie die Wartezeit auf Kenntnisprüfungen im Schnitt der bundesrechtlich geregelten Berufe sowie in den Berufen Gesundheits- und Krankenpflegerin, Arzt/Ärztin, Physiotherapeut/-in, Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement, Apotheker/-in und Elektroniker/-in?
52. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde die China-Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die Stand Juli 2019 „bis Ende 2020 gültig“ sein sollte (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11839, Antwort der Bundesregierung zu Frage 20) vorzeitig beendet („Von 2015 bis Ende 2019 stellte die China-Strategie des BMBF ein kohärenten und systematischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit China in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation dar.“ (www.bmbf.de//de/china-intensive-zusammenarbeit-zur-bewaeltigung-globaler-herausforderungen-471.html), und aus welchen Gründen wurde sich gegen eine Neuauflage der Strategie entschieden?

53. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war jeweils die jährliche Förderung des BMBF für Forschungsvorhaben im Bereich Extremismusforschung (bitte die Förderung mit Schwerpunkt islamistisch motivierter Extremismus und Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus jeweils getrennt ausweisen) seit 2015, und wie groß war dabei die jährliche Anzahl geförderter Forschungsvorhaben, die unter Leitung staatlicher Sicherheitsbehörden bzw. unabhängig von diesen durchgeführt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

54. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG finanzierte Unternehmen Feronia-PHC bei Zahlungen in Landeswährung den aktuellen Wechselkurs US-Dollar – kongoleischer Franc (CDF) zugrunde legt, und falls Feronia-PHC nicht den aktuellen offiziellen Wechselkurs zugrunde legt, mit welchem Wechselkurs berechnet Feronia-PHC nach Informationen der Bundesregierung den US-Dollar-Wert der in CDF ausgezahlten Löhne an Arbeiter und Angestellte, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 52, Plenarprotokoll 19/139 in US-Dollar angegeben werden?
55. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen sollen mit den rund 40 Mio. Euro finanziert werden, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dem brasilianischen Landwirtschaftsministerium bei den deutsch-brasilianischen Regierungsverhandlungen (<https://re vistagloborural.globo.com/Noticias/Sustentabilidade/noticia/2019/12/globo-rural-brasil-e-alemanha-firmam-acordo-para-apoiar-agropecuaria-sustenta vel.html>) im November 2019 zugesagt hat (bitte mit konkreten Angaben: Projektziele inkl. Indikatoren, Projektregion, Zielgruppen), und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass diese Mittel tatsächlich dazu beitragen, die Entwaldung zu mindern und nicht nur die Agrarindustrie als Mitverantwortliche der Waldzerstörung weiter stärken (www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/brazil-facts-and-figures-and-figures-behind-illegal-cattle-farms-fuelling-amazon-rainforest-destruction/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

56. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung anlässlich der weiterhin sehr hohen Entgelte für die Führung eines Basiskontos (vgl. Finanztest, Heft 12/2019) und der Medienberichterstattung (Berschens, Ruth: Deutsche Basiskonten im Fokus, in: Handelsblatt, 3. Dezember 2019, S. 10), nach der die Europäische Kommission aktuell prüft, ob das Ziel der Zahlungskonten-Richtlinie (Richtlinie 2014/92/EU), schutzbedürftigen Verbraucherinnen und Verbrauchern unentgeltlich oder gegen ein angemessenes Entgelt einen diskriminierungsfreien Zugang zu einem Basiskonto zu garantieren, richtlinienkonform in deutsches Recht umgesetzt worden ist, und gibt es Überlegungen von Seiten der Bundesregierung, die Banken zu verpflichten, jedem Kunden ein kostenfreies Basiskonto anzubieten, wie unlängst von der CSU gefordert (www.br.de/nachrichten/bayern/wegen-null-zinsen-csu-will-sparer-entlasten, RmM0mvy)?
57. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant das Bundesministerium der Finanzen (BMF) eine Bodenwertzuwachssteuer oder werden bereits vorbereitende Studien, oder entsprechende Papiere erarbeitet?
58. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Zielsetzung wurden, sofern Studien und Papiere vom BMF zum Thema Bodenwertzuwachssteuer erarbeitet bzw. in Auftrag gegeben worden sind, diese erarbeitet, und falls diese nicht erarbeitet wurden, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

59. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Bundesregierung oder ihre nachgeordneten Behörden das Programm zur automatischen Gesichtserkennung „Clearview AI“ getestet/genutzt haben oder diesbezüglich Kontakt zu den Anbietern aufgenommen haben (vgl. „Gesichtserkennung mit „Clearview AI“ – Eine Software schockiert Amerika“, Süddeutsche Zeitung

vom 20. Januar 2020, abrufbar unter: www.sueddeutsche.de/digital/gesichtserkennung-clearview-app-polizei-gesicht-1.4764389)?

60. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Forderung des Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit und den Datenschutz nach einem europaweiten Verbot für biometrische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum (vgl. „BfDI für Verbot von biometrischer Gesichtserkennung im öffentlichen Raum“ heiseonline vom 22. Januar 2020, abrufbar unter www.heise.de/newsticker/meldung/BfDI-Biometrische-Gesichtserkennung-im-oeffentlichen-Raum-verbieten-4643255.html) an ihren in dem Entwurf für ein reformiertes Bundespolizeigesetz verankerten Vorhaben fest, die „intelligente Videoüberwachung“ an zahlreichen deutschen Bahnhöfen einzuführen?
61. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesbehörden im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) haben Accounts in sogenannten sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Empfehlung des Landesdatenschutzbeauftragten von Baden-Württemberg, Stefan Brink, an Behörden, Accounts wegen datenschutzrechtlicher Bedenken zu löschen (vgl. Berliner Behörden Spiegel, Januar 2020, S. 33)?
62. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wurden die bei André S. gefundenen Granaten und die Munition mit den bei Mathias F. gefundenen entsprechenden Gegenständen im Hinblick auf Herkunft bzw. Losnummern abgeglichen, und mit welchem Ergebnis (vgl. <https://taz.de/Gruender-von-rechtem-Netzwerk/!5630115/>; <https://taz.de/Rechtes-Netzwerk-in-Sicherheitsbehoerden/!5625705/>)?
63. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wann haben deutsche Stellen nach Kenntnis der Bundesregierung erstmals Kenntnis bzw. Informationen darüber erhalten, dass Personen im Umfeld des Deutschen Islamkreises (DIK) Hildesheim Anschläge planten (www.heise.de/tp/features/Spion-gegen-Terroristen-4558082.html), und wann wurde diese Information erstmals auf nationaler und internationaler Ebene den Sicherheitsbehörden bzw. Partnern mitgeteilt?
64. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele Einreisen von besonders schutzbedürftigen Menschen sind nach der Ankündigung der Bundeskanzlerin im Mai 2019, bei der sie zugesichert hat, 300 Personen, die über den „Emergency Transit Mechanism“ (ETM) von Libyen nach Ni-

ger evakuiert wurden, aufzunehmen, realisiert worden (vgl. www.zdf.de/politik/frontal-21/ge-walt-und-elend-in-libyen-100.html; www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-schutzbeduerftige-resettlement-1.4434349), und wenn diese Anzahl von Personen noch nicht evakuiert wurde, was sind die Gründe hierfür (bitte nach Ankunftsdatum und Anzahl der transferierten Personen aufschlüsseln)?

65. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie vielen Personen mit einem Einreise- und Aufenthaltsverbot wurde seit 2015 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Gerichten ein Schutzstatus erteilt (bitte nach Jahren und den fünf wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und inwieweit sind Überlegungen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (vgl. Meldung von dpa vom 22. Januar 2020), Schutzsuchende mit einer Wiedereinreisesperre in Haft zu nehmen, auch wenn keine Fluchtgefahr besteht, mit geltendem Verfassungs- und EU-Asylrecht vereinbar (bitte auf den Schutz der Freiheit und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz sowie auf die EU-Aufnahme-Richtlinie 2013/33/EU vom 26. Juni 2013 konkret und begründet eingehen, dort insbesondere die Erwägungsgründe 15, 16 und 20 und Artikel 8 ff, wonach unter anderem eine Inhaftierung Asylsuchender nur in bestimmten Fällen und nur als letztes Mittel nach einer entsprechenden Einzelfallprüfung zulässig ist)?

66. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Wie ist der aktuelle Stand der regierungsinternen Ressortabstimmung zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) (Az. C-550/16), gemäß dem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch dann einen Anspruch auf Familiennachzug haben, wenn sie während des Asylverfahrens volljährig geworden sind, und wie lange soll die Prüfung zu dem Urteil des EuGH dauern (das Urteil erging am 12. April 2018)?

67. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der tatsächlichen Anzahl von Personen vor, die nach Erhalt der Sonderförderung „StarthilfePlus“, bezogen auf abgelehnte Asylbewerber, erneut in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, und auf welchen Betrag ist der hierdurch entstandene Gesamtschaden zu beziffern (vgl. WeltOnline vom 20. Januar 2020 <https://welt.de/politik/deutschland/article205154856/StarthilfePlus-Ausreisende-bekommen-Foerderung-vom-Bund-einige-kommen-danach-wieder.html>, abgerufen am 20. Januar 2020)?

68. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- In welcher Form plant die Bundesregierung, den 150. Jahrestag der Proklamierung des deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 2021 zu begehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

69. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung der Präsidentin der Republik China (Taiwan), Tsai Ing-Wen, anlässlich ihrer Wiederwahl nicht gratuliert hat (vgl. „Keine Glückwünsche aus Berlin“, in: FAZ vom 15. Januar 2020, Seite 5)?
70. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Aussage, die EU solle Souveränität erlangen, die etwa jüngst von Staatsminister Michael Roth in seinem Redebeitrag zur Ratspräsidentschaft getätigt wurde (ein „souveränes Europa“ läge im deutschen Interesse), gerade vor dem Hintergrund des Artikels 5 des EU-Vertrages i. V. m. Artikel 12 des EU-Vertrages sowie dem grundlegenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), der Kern nationaler Souveränität dürfe nicht erlöschen (Redeprotokoll online unter <https://auswaertigesamt.de/de/newsroom/roth-bundestag-eu-praesidentschaft/2293996> abgerufen am 23. Februar 2020; vgl. dazu ferner Urteil des BVerfG vom 30. Juni 2009, E 123, 267, Rz. 226)?
71. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie hat, nach Kenntnis der Bundesregierung, das von Deutschland vorgeschlagene Mitglied des CCPR im UN-Menschenrechtsausschuss bezüglich der Entscheidung, Klimaflüchtlinge dürfen nicht mehr abgeschoben werden abgestimmt (<https://jungfreiheit.de/politik/ausland/2020/fallurteil-klimafluechtlinge-duerfen-nicht-abgeschoben-werden/>)?
72. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Stellen gibt es derzeit für die Bearbeitung von Visaanträgen (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Planstellen und tatsächlich besetzten Stellen sowie Unterscheidung der Stellen im Auswärtigen Amt mit Sitz Deutschland und in den Auslandsvertretungen), und wie viele zusätzliche Stellen sollten im Jahr 2020 für die Visabearbeitung (nach Planstellen im Auswärtigen Amt mit Sitz Deutschland und in den Auslandsvertretungen aufschlüsseln) geschaffen werden?

73. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist in den maßgeblichen deutschen Visastellen im Ausland und in den mit diesen im Rahmen des Familienunterstützungsprogramms (FAP) kooperierenden Beratungseinrichtungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ausreichend Personal eingesetzt, um so viele Visumsanträge bearbeiten und nach Deutschland übermitteln zu können, dass am Ende etwa 1.000 Visa monatlich für den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten erteilt werden können (bitte die Gesamtzahl des eingesetzten Personals nach Visastellen und IOM differenziert angeben und dem die Zahlen der dort im letzten Halbjahr durchschnittlich pro Monat bearbeiteten bzw. übermittelten Visumsanträge gegenüberstellen), und inwieweit hält das Auswärtige Amt an seiner mir mit Schreiben vom 22. November 2019 übermittelten Auffassung fest, eine Ausweitung des Personalansatzes an den Visastellen würde zu keiner signifikant höheren Anzahl an Familiennachzugsvisa führen, nachdem auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, in der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 15. Januar 2020 mit Blick auf den stockenden Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten erklärte, dass mehr Personal in den Visastellen erforderlich sei (bitte nachvollziehbar begründen)?
74. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass in offiziellen Stellungnahmen zur Ermordung des iranischen Generals Kassem Soleimanis durch eine US-Drohne am 3. Januar 2020 beispielsweise seitens den USA oder des Iran von einem bereits bestehenden „international armed conflict“ im Sinne des Artikels 3 der Genfer Konventionen ausgegangen wird (vgl. WD-Gutachten WD 2 – 3000 – 001/20), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die gezielte Tötung von General Kassem Soleimani nach meiner Auffassung offensichtlich die Kriterien eines „finalen Rettungsschusses“ erfüllt, also insoweit nicht als Verstoß gegen das Recht auf Leben aus Artikel 6 des VN-Zivilpakts erscheint, vor dem Hintergrund, dass nach den Einlassungen der US-Administration nicht deutlich erkennbar ist, warum die Tötung Kassem Soleimanis im Irak unbedingt notwendig gewesen sein soll, um eine akute Gefahr für das Leben von US-Amerikanern ultima ratio abzuwehren (WD-Gutachten WD 2 – 3000 – 001/20)?
75. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die Türkei Fa-jis al-Sarradsch, Premierminister der international

anerkannten Einheitsregierung, unterstützt, so dass sich aktuell knapp 2.200 syrische Freiwillige in Libyen befinden, darunter zahlreiche Islamisten sowie auf den Flughäfen Tripolis-Mitiga und Misrata eine leistungsfähige türkische Luftverteidigung eingerichtet wurde, die sicherstellen soll, dass die beiden Flughäfen für weitere Truppenverlegungen und Waffenlieferungen genutzt werden können, und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass sich auch nach der von ihr organisierten Libyen-Konferenz am 19. Januar 2020, weitere mindestens 800 syrische Freiwillige, darunter 500 Männer der türkisch unterstützten syrischen Nationalarmee, namentlich der Muatasim-Division, der Sultan Murad- und Sultan Shah-Brigaden auf ihre Verlegung nach Libyen vorbereiten (www.asiatimes.com/2020/01/article/syriens-enlist-in-libya-war-day-after-berlin-talks/)?

76. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das türkisch-libysche Memorandum of Understanding vom 27. November 2019 über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessensphären im östlichen Mittelmeer ein völkerrechtswidriger Vertrag zu Lasten Dritter ist (vgl. www.bundestag.de/resource/blob/678992/e6247b1311a73d6058a5d50ea7eb2682/WD-2-143-19-pdf-data.pdf), und wie gedenkt die Bundesregierung Griechenland, mit der Vertretung seiner nationalen Interessen, bilateral auf diplomatischem Weg oder auf europäischer Ebene im Rahmen der eigenen Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen, damit die Türkei keine nach meiner Auffassung weiteren Völkerrechtsverstöße in dieser Angelegenheit begeht?

